

wurde noch von Hoover unterzeichnet. Es ist auf die äußerste Eile hinzuweisen, mit der der Kongreß dieses Gesetz angenommen hat. Die Vollmachten des Währungskontrolleurs wurden für sechs Monate so gut wie unbeschränkt. Man erwartete, daß sie sich auch auf eine Lockerung der Einflüsse weniger führender Bankiers auf die Mehrzahl der nationalen Banken erstrecken würden. Ein New Yorker Bericht unterstrich dabei die Fragwürdigkeit des bisher gewaltigsten finanzpolitischen Experiments, der Reconstruction Finance Corporation. Während man bei ihrer Errichtung die Vermeidung von Bankensuspensionen um jeden Preis im Auge hatte, habe sich die Organisation zu einer Art Neben-Federal-Reserve-System mit sehr wenig Verantwortung entwickelt. Sie sei auf dem besten Wege gewesen, ein Instrument zur Sozialisierung aller amerikanischen Verlustunternehmen zu werden. Doch sind ihre Hilfsmittel nahezu erschöpft. Inzwischen hat die Krise zu ungeheuerlichen Enthüllungen über die Finanzpolitik führender Bankinstitute und Finanzleute geführt. Die Demission des Aufsichtsratsvorsitzenden Mitchell der National City Bank of New York war schon im Zusammenhang mit den Vorwürfen im Bankauschuß des Senats gegen seine Geschäftsführung und seine privaten Börsentransaktionen während der Börsenpanik 1929 erfolgt. Inzwischen hat der Präsident der Chase National Bank Aldrich in einer Ankündigung nicht weniger als die restlose Trennung des regulären Bank- und Kreditgeschäfts vom Effektenhandels- und Emissionsgeschäft verlangt. Privatbankiers und sonstige Gesellschaften dürften das Depositenrecht nur haben, wenn sie sich den gleichen Publizitätsbestimmungen unterwürfen, die für die Banken gelten. Keine im Investmentgeschäft tätige Bankfirma dürfe Depositen annehmen oder in Aufsichtsräten von Banken vertreten sein. Alle Handelsbanken müßten dem Federal-Reserve-Bankensystem beitreten. Das Emissionsgeschäft der Banken müßte sich auf öffentliche amerikanische Anleihen unter strengem Ausschluß aller Auslandsanleihen beschränken. Der Plan stellt einen unverhüllten Vorstoß gegen die Morgan-Gruppe dar. Die umfassende Gesetzesvorlage zur Bankenreorganisation wird wahrscheinlich einige Punkte dieses Planes enthalten. Auch das läßt manche Schlüsse zu. In seiner Antrittsrede hat auch der neue Präsident Roosevelt u. a. erklärt, nur den geldgierigen Machenschaften gewissenloser Spekulanten verdanke man den jetzigen Kummer. Geldbesitz aber sei nicht so wichtig wie die Möglichkeit zur Arbeit. Die Regierung werde den Arbeitslosen in möglichst großer Zahl wieder Beschäftigung geben, sie werde die Banken überwachen und für ein Ende der Spekulation eintreten, jedoch gleichzeitig für eine gesunde Währung. Amerika müsse zunächst sein eigenes Haus in Ordnung bringen, bevor es zu den erwünschten internationalen Verhandlungen schreite. Er werde keine Mühe scheuen, den Weltmarkt durch eine internationale Berichtigung der Wirtschaftslage wieder aufzurichten, aber Amerika in seiner Notlage könne nicht warten, bis dies erreicht sei. Offensichtlich im Hinblick auf die Kriegsschulden erklärte Roosevelt, daß Amerika nicht nur nehmen, sondern auch geben müsse. Roosevelt sagte aber auch noch: Wir müssen wieder lernen, daß es doch höhere Werte gibt als trassen Gewinn, nämlich den sozialen Ausgleich und die Wiederherstellung des Vertrauens in der Nation. Er fühle sich als Treuhänder des amerikanischen Volkes. Die Rede zeigt unzweideutig, daß Roosevelt die Absicht hat, eine sozial gerichtete demokratische Partei aus der bisher traditionellen demokratischen Partei zu machen. Er verlege jetzt den Mittelpunkt der amerikanischen Wirtschafts- und Finanzpolitik vom Osten Amerikas nach dem Westen, besonders nach dem mittleren Westen. Seine Rede bedeute die Mobilisierung des Arbeiterelements in Amerika für die demokratische Politik. Es sind also offenbar inneramerikanische Auseinandersetzungen, von denen die Panik veranlaßt worden ist. Um echte Währungsnot, wie sie uns zu erdrücken drohte, handelt es sich danach offensichtlich nicht. Die Kursverluste des Dollars sind zweifelsohne durch Goldabziehungen des Auslandes und amerikanische Kapitalflucht verursacht, ohne aber daß der Dollar im Ernst als gefährdet zu gelten brauchte. Es ist deshalb auch glaubhaft, daß U.S.A. den Goldstandard zu halten versuchen wird.

Die Erschütterung des Dollars hat naturgemäß auch die deutsche Reichsbank vor neue Aufgaben gestellt. Ihre Politik hat zu manchen Erörterungen Anlaß gegeben. Nach einem Bericht der Düsseldorfer Nachrichten aus Berlin hat die Reichsbank mit ihrem Festhalten an der Dollarnotiz in erster Linie die Wahrung des Interessentenstandpunktes im Auge gehabt. Sie habe den deutschen Ausfuhrhäusern das Wagnis der Kursversicherung bewußt abgenommen. Auf der anderen Seite wolle sie durch eine relativ hohe Dollarnotiz die deutschen Dollarschuldner und Rohstoffkäufer vor der Versuchung bewahren, sich gegenwärtig besonders billig und besonders reichlich mit Dollars einzudecken, um anormale Devisenabflüsse zu vermeiden. Nach dem Berliner Tageblatt hat für die Aufnahme des Dollarangebots auch der Gesichtspunkt eine Rolle gespielt, daß das Angebot längst nicht in befürchtetem Umfang eingetreten sei. Die laufenden Anforderungen in Dollars erreichten ein Mehrfaches der angebotenen Beträge. Allerdings sei es von der Reichsbank abgelehnt worden, vom Ausland stammendes Dollarangebot hereinzunehmen. Einen relativ großen Umfang habe das Angebot in Noten angenommen (mehrere 100 000 Dollars täglich). Nach anderen darf man annehmen, daß die Hortungsbestände an ausländischen Noten nunmehr auf kleine Reste zusammengeschrumpft sind. Die Aussichten auf eine Diskontsenkung sind allerdings wohl infolge der veränderten Lage in U.S.A. bis auf weiteres geschwunden. Ohne Zusammenhang damit sind wohl die gegenwärtig wieder aufgetauchten Erörterungen über einen Präsidentenwechsel bei der Reichsbank. Die Tägliche Rundschau glaubte dieser Tage dazu sagen zu dürfen, der Reichsaußenminister befürchte, daß bei einem zwangsweisen Rücktritt Luthers gefährvolle internationale Komplikationen unbedingt folgen würden. Sie hält diese Befürchtung für nicht berechtigt. Gewiß sei der Posten des Reichsbankpräsidenten international verantwortl. Diese internationale Bindung bedeute aber nichts anderes, als daß vor einer Abberufung die Zustimmung der Gläubigermächte zu diesem Schritt eingeholt werden müsse, und zwar geschehe das zweckmäßig auf dem Wege über die B.Z.Z. in Basel. Versagten die Gläubiger ihre Zustimmung, und werde die Abberufung dennoch vorgenommen, so stehe den Gläubigern bzw. der B.Z.Z. die Möglichkeit einer Klage vor dem Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag offen. Das Blatt vermag sich aber nicht vorzustellen, daß Luther es zu einer solchen Klage um seine Person kommen lassen werde. Die Vossische Zeitung brachte denn auch gleichzeitig nur erneut wieder zum Ausdruck, daß ein solcher Wechsel gar nicht erwünscht sei. Denen, die unablässig auf eine Amtsenthebung Luthers oder gar auf eine Verstaatlichung der Reichsbank hinarbeiten, sei gesagt, so führte sie aus, daß es nicht zweckmäßig sein kann, an dem Noten- und Währungsgesetz ohne zwingenden Grund zu rütteln. Mit der Trennung der Gewalten zwischen Finanzministerium und Reichsbank seien ja nicht nur die Unabhängigkeit der Reichsbank und das Notenmonopol verbunden, sondern gleichzeitig auch eine fest umrissene Beschränkung der Befugnisse der zentralen Notenbank. Luther habe gerade in den schwersten Zeiten bewiesen, daß die Zügel der Reichsbank in bewährten Händen liegen. In den Grundzügen der Währungspolitik befinde er sich durchaus im Einklang mit der jetzigen Regierung. Von zuständiger Seite werde mitgeteilt, daß eine Aufforderung an Luther, freiwillig aus seinem Amt zu scheiden, bisher nicht ergangen sei, und daß Luther selbst nicht die Absicht habe, zurückzutreten.

Die Konjunkturberichte der letzten Wochen sind der allgemeinen Lage entsprechend verhältnismäßig farblos. Nach den Berichten der Handelskammern, Handwerkskammern und Wirtschaftsverbände zeigt die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage im Februar im großen und ganzen gegenüber dem Vormonat keine Veränderung. Eine eindeutige Verschlechterung melden nur die meisten Zweige der Fertigwarenindustrie, soweit sie von der Ausfuhr abhängig sind. Der Grundgedanke der Einzeldarstellungen, die das Institut für Konjunkturforschung in dem Teil B seines Vierteljahrsberichts über die Konjunktur einzelner Wirtschaftszweige herausgab, läßt sich in drei Leitfäden zusammenfassen: Die Rückschläge, die auf manchen Wirtschaftsgebieten nach der Erholung am Jahresende eingetreten sind, dürfen nicht als Rückschläge in Krisen-